

# Münchehagen-Gelder zusammengestrichen

MT  
3.9.93

Hannover will nur fünf Millionen einsetzen / SPD: Anpassung nach Bedarf

**Petershagen-Münchehagen (hm).** Nur fünf statt der angeforderten 16,5 Mio. Mark will die niedersächsische Landesregierung im Haushalt 1994 für das Sicherungskonzept der ehemaligen Sondermülldeponie Münchehagen bereitstellen. Wolfgang Jüttner, umweltpolitischer Sprecher der SPD im Landtag, sagte gestern in Münchehagen zu, diese Summe durch „Anpassungsbeschlüsse“ wieder zu erhöhen. 1992 waren 21 Mio. Mark verbraucht worden.

Bei den sich um Sicherung und Sanierung des undichten Deponiekörpers kümmernden Gremien und Bürgerinitiativen hatte die Nachricht aus Hannover große Besorgnis ausgelöst. Sie sahen die Abmachung gefährdet, daß immer für die Maßnahmen Geld bereitgestellt würde, auf die man sich im Media-

tionsausschuß und im Münchehagen-Plenum einigte. „Der Weg der Zeit und Geld sparenden Kompromisse könnte gefährdet sein“, so Wolfgang Völkel, stellvertretender Vorsitzender des Münchehagen-Ausschusses.

Auch Konrad Keller, Abteilungsleiter Abfall im Umweltministerium, betonte, daß mit dem Ersatz der Hochbehälter und für die Seitenabdichtung mehr Geld benötigt würde. Aus 1995 stünden lediglich noch drei Mio Mark bereit.

Jüttner wie auch die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Bärbel Tewes-Heiseke, wiegelten ab: Von Kürzung könne nicht die Rede sein, als das Kabinett den Etatentwurf beschlossen habe, sei man von einer geringeren Mittelanmeldung ausgegangen. Die Situation habe sich aber geändert, mit Rückhalt der Be-

hörden und des Ministeriums sei die „Aufwärtskompatibilität“, das heißt die zusätzliche Mittelbewilligung, bei Bedarf gesichert.

Allerdings müsse man sich langsam „halbwegs realistischen Haushaltsansätzen“ nähern, könne nicht wie in der Vergangenheit „Luftnummern“, so Jüttner, in den Etat einsetzen. Das gelte auch für den zweiten Schritt, die Deponiesanierung, für die noch kein technisch ausgereiftes Konzept vorliege. „Wir wollen den Fortgang der Sicherung gewährleisten, unser Eindruck ist, daß dazu mehr Geld, als im Etatentwurf steht, benötigt wird“, sagte Jüttner nach der Besichtigung des Deponiegeländes.

Die Sicherung des anerkannt undichten Giftstofflagers, die bisher rund 60 Mio. Mark gekostet habe, sei aber „kein Konzept zur Ver-